

Sächsisch Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er scheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: 1. bis 7. Oktober 15000000 M. Einzelne Nummern 8000000 M.
Fernsprecher: Telegraphische Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. - Stadtkontofonto Dresden Nr. 140

Ankündigungspreise - Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen.
(Grundpreis: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 135 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 270 M., unter Eingeladent 400 M.
Schlüsselzahl: 100000. Grundlegung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellunglisten der Verwaltung, der Staatskassen und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsbuch der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden

Nr. 233

Dresden, Freitag, 5. Oktober

1923

Keine Wiederbelebung der großen Koalition.

Ein Sechsmänner-Kabinet?

Kein sozialdemokratischer Minister.
Berlin, 5. Oktober.

Auch der gestrige Tag war von Verhandlungen und Besprechungen der Fraktionen erfüllt. Schon in den frühen Vormittagsstunden herrschte im Reichstage ein reges Treiben. Die demokratischen Abgeordneten Dr. Petersen, Koch und Dr. Haas begaben sich zum Reichspräsidenten, um ihm einen Vermittlungsvorschlag zur Rekonstruktion des Kabinetts auf der Grundlage der großen Koalition zu machen. Herr Oberl ver sprach, die Anregung mit Dr. Stresemann zu prüfen. Gleichzeitig hatte das Zentrum beschloffen, auch seinerseits Schritte zur Wiederherstellung der großen Koalition einzuleiten. Auf Grund einer Besprechung mit den Demokraten begab sich Dr. Marx zu Dr. Scholz, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, und hatte mit ihm eine Unterredung. Dabei erklärte Dr. Scholz, daß man, in dem jetzigen Stadium der Dinge, Dr. Stresemann freie Hand lassen müsse. Damit war diese Aktion erledigt. Offizielle Konferenzen mit den Fraktionsführern haben nicht stattgefunden. Dr. Stresemann wollte offenbar vollständig freie Hand für die Zusammenziehung des neuen Kabinetts haben. In später Abendstunde war die Liste des neuen Ministeriums so gut wie fertiggestellt. Folgende Namen werden genannt: Dr. Stresemann, Reichskanzler und Außenminister (Deutsche Volkspartei). Dr. Gehler, Reichswehr (Zentrum). Dr. Braun, Arbeit (Zentrum). Dr. Lütcher, Finanz. v. Eppen, Ernährung und Landwirtschaft. Dr. Fuchs, besetzte Gebiete (voransichtlich auch Innenministerium). Reich, Post und Eisenbahn, voransichtlich als Staatssekretär oder Generaldirektor.

Das Justizministerium bleibt unbesetzt und wird durch den bisherigen Staatssekretär Jolles weiter verwaltet. Das Kabinet würde dann insgesamt nur sechs Minister umfassen.

Der Reichskanzler will sich heute oder morgen mit dem neuen Kabinet dem Reichstag vorstellen, dem Parlament sofort das vielumstrittene Ermächtigungsgesetz vorlegen und unverzüglich zur Auflösung schreiten, falls er das Vertrauen und die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht erhält. Die Sozialdemokraten sehen, als Stresemanns Absicht bekannt wurde, Sollmann zum Innenminister zu berufen, seinen Zweifel darüber, daß ein Eintritt sozialdemokratischer Minister in ein solches Kabinet nicht in Betracht kommen könne.

Gegen 9 Uhr abends wurde von der Reichskanzlei mitgeteilt, daß die Bildung des Kabinetts vor ihrem Abschluß stehe. Da aber noch innerhalb der einzelnen Ressorts einige Personalveränderungen vorgenommen werden könnten, beachtliche man, die Namen der Minister erst heute im Laufe des Tages bekanntzugeben.

„Der Profit über alles!“ Das schamlose Verhalten der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 5. Oktober.
Die Demission der Regierung Stresemann ist, nach übereinstimmender Auffassung der beteiligten Minister, in einer Stimmung erfolgt, die erkennen läßt, daß allgemein der erzwungene Rücktritt für einen Schritt wider die Verunft erachtet wurde. Dem Reichskanzler selbst ist die Demission außerst schwer gefallen, weil er in ihr einen Bruch seines Wertes sah, für das gerade er monatelang gekämpft hatte. Stresemann, der vom Reichspräsident sofort wieder mit der Neubildung der Regierung betraut wurde, ließ seinen Zweifel darüber, daß er nicht daran denke, ein Reichskabinet zu bilden. Im Verlaufe des gestrigen Tages ließen seine Bemerkungen deshalb darauf hin, eine Regie-

rung aus Persönlichkeiten zustande zu bringen, die Nichtmitglieder des Parlaments sind, für die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage das erforderliche Verständnis haben und gleichzeitig bei den einzelnen Parteien nicht von vornherein auf Widerspruch stoßen.

Am Reichstag waren die Gemüter sehr erregt. Jedermann sah die Notwendigkeit einer schnellen Lösung der Regierungskrise ein, ohne jedoch einen Weg weisen zu können, der auf die Dauer Erfolg verspricht. Vor allen Dingen wurde schon deshalb eine schnelle Regierungsbildung für dringend erforderlich erachtet, weil seit dem Rücktritt der Regierung Stresemann, die rechtsradikalen Elemente wieder eifrig tätig sind. Im Zusammen-

hang hiermit sind auch die am Donnerstag erfolgten Kundendemonstrationen der Nationalen Volkspartei zu erklären. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Mitglieder dieser Partei an den durch die Auswertbarkeit der preussischen Behörden verhinderten Festsitzungen der letzten Tage maßgebend beteiligt sind.

Ob die Veränderung des Regierungsverhältnisses im Reich auch eine Umgruppierung in der Besetzung des preussischen Kabinetts nach sich zieht, ist bisher noch zweifelhaft. Es gibt innerhalb der Volkspartei zweifellos gewisse Kreise, die sich bemühen, eine Regierungskrise in Preußen zu verhindern. So schreibt z. B. die „Zeit“ in ihrer Donnerstagsabendausgabe:

Grabgefänge auf die große Koalition.

Stimmen aus der Sozialdemokratie.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“

bet sich auf das wärmste für die Bildung und Erhaltung der großen Koalition ein, es hat, schreibt:

„Deutschland befindet sich in der schwersten Krise, die es jemals durchgemacht hat. Gefährdet auf das Äußerste, gerät auf die Scheitelpunkte in Norddeutschland und getragen von der Sympathie der Agrarier und der Schwerindustrie, soll das Reich zu einem einzigen großen Koalitionsherd gemacht werden. Die Sozialdemokratie wird alle Kräfte aufwenden, um diese Absichten zu verwirklichen. Die Arbeiterklasse Deutschlands steht vor entscheidenden Stunden. Es gilt, die Kräfte in allen Lagern zu sammeln, die Deutschland vor der schwarzen Reaktion bewahren wollen, es gilt den Beweis zu führen, daß in Deutschland nicht gegen, sondern nur mit der Arbeiterklasse zu regieren ist.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ fordert „Klarheit“ und „Abrechnung“. Das Blatt schreibt:

„Die große Koalition ist tot, es lebe...? Vielleicht eine neue große Koalition unter Einbeziehung der Deutschnationalen, vielleicht eine Bürgerblock-Koalition, getragen von dem Willen und dem Diktat der aufstrebenden deutsch-nationalen Volkspartei und unter Einbeziehung eines sozialdemokratischen Ministers zur Minderndeckung — wir wissen es nicht. Eins freilich wissen wir, daß die Sozialdemokratische Partei und mit ihr das Gesamtproletariat eine Schlappe erlitten hat, schlimmer als seit der ganzen Zeit ihres Bestehens. Und was das Schlimmste ist: unter ihren prominentesten Führern grassiert eine ideologische Seuche, die alles beschränkt läßt. Als unverbesserliche Optimisten müssen wir uns selbst bezeichnen, denn wir nahmen es als selbstverständlich an, daß unsere Ministergenossen und daß die Reichstagsfraktion mit Entschiedenheit die verbrecherische Ansinnen gegen den Reichstagsrat, die Vorbereitungen zur Knechtung der Arbeiterklasse zurückweisen würden. Wenn aber die Wolff-Depeschen richtig sind, so war eine nicht unerhebliche Minderheit in der Reichstagsfraktion bereit, auch das Letzte zu schlucken in der wahnsinnigen Vorstellung, dadurch etwas zu retten.“

„Gott mit den Koalitionöverhandlungen, zurück auf unseren Mutterboden, die breite Basis des schaffenden Volkes! Lange genug haben wir in den lustigen Höhen einer falschen wirtschaftspolitischen Ideologie geschwebt, die uns an den Vorabend des Bürgerkriegs gebracht hat.“

„Das Zwickauer Volksblatt“ urteilt: „Mit einer geradezu schredenerregenden Schwärzhaftigkeit haben sich die Dinge die-

zum Sturze der großen Koalition entwickelt. Jetzt, wo die Herren auf der anderen Seite, wo die Klassengegner des Proletariats sich fast genug fühlen, wollen sie den Stoß gegen die Arbeiterklasse wagen, um diese ein- für allemal wieder unter die Krute zu zwingen. Die Situation ist überaus bedrohlich, und es kann ruhig ausgesprochen werden, daß der Kampf gegen die Arbeiterklasse heute dank der großen Koalition wesentlich unangenehm ist als vor dem Sturze Cuno.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

„Es kann im gegenwärtigen Augenblick nicht anders geben, als eine klare Scheidung zwischen den bürgerlichen und den proletarischen Interessen. In diesem Stadium der Entwicklung ist eine Überbrückung der Gegensätze unmöglich. Und in dieser Hinsicht hat die „Kreuzzeitung“ recht, wenn sie schreibt:

„Die großen Differenzen, die zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum hierin bestehen, beruhen nicht nur auf augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten, sondern sie haben in den entgegengesetzten Weltanschauungen ihren Grund. Sie lassen sich deshalb nicht beilegen durch eine Zwischenlösung in der einer dem andern etwas nachgibt, und jeder der Meinung des andern gerecht zu werden sucht, unter dem parlamentarischen üblichen Vorbehalt, ein parteipolitisches Geschäft bei dem mit kürzester Kündigungsfrist abgeschlossenen Vertrag machen zu können. In Bayern hat man erkannt, was politisch nottut, um wirtschaftlich weiterzukommen.“

Die Reaktion hat noch immer verstanden, ihre Interessen in der entschiedensten Form zu vertreten und wir wissen, daß sie dabei noch immer von Erfolg begleitet war. Hoffen wir, daß sich die Reaktion bei der Entscheidung diese Lehren zunutze macht.

Die rechtsstehende „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Die Lösung des Tages heißt: Das Steuerrecht nach rechts geworfen werden! Die Koalitionsparteien des Reichstages aber antworten: Es soll weiter geworfen werden. Der Marxismus hat Deutschland ruiniert. Er hat abgewirtschaftet. Die bürgerlichen Regierungsparteien halten ihn künstlich am Leben. Sie wagen nicht, den Trennungsschnitt zu ziehen. So sinkt Deutschland in Rot und Verderben. Wir fordern Klarheit! Schluss mit der Kompromisspolitik! Fort mit den Sozialisten aus der Regierung! Wir verlangen endlich eine Regierung, die sich bewegt auf die nationalökonomischen Interessen des Volkes.“

„Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn von der Krise im Reich irgendwie ein Rückschlag auf die Regierungsverhältnisse in Preußen ausgehen sollten.“

Es gilt für völlig ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Fraktion der neu zu bildenden Reichsregierung ohne weiteres abwartend gegenübersteht, wenn sie in diesem Kabinet nicht vertreten ist. Die Haltung unserer Fraktion wird diktiert durch das schamlose Verhalten der Deutschen Volkspartei, die ein von einer großen parlamentarischen Mehrheit getragenes Kabinet zugrunde gerichtet hat, an dessen Entschaffung sie stark beteiligt war, und die zweifellos selbst ihrem Führer Stresemann als Kanzler einer neuen Regierung die Gefolgschaft versagen wird, sobald er versuchen sollte, nicht im Sinne derjenigen zu handeln, die inzwischen in der Volkspartei gesiegt haben und deren Sieg in die Worte zu kleiden ist: Der Profit über alles!“

Unter dem fabriktischen System.

Das bayerische Demokratenblatt verbietet.

München, 4. Oktober.
Die „Münchener Morgenpost“, das Organ der Demokraten in Bayern, ist vom Generalstaatskommissar bis einschließlich 17. Oktober verboten worden. Das Blatt schrieb in seiner Dienstaufgabe: Heute sehen wir klar: Ziel und Weg. Heute gibt es nichts mehr zu verhandeln und nichts mehr zu beschönigen, nur mehr zu sagen, was ist und was man will. Was ist: Die Diktatur der Militär und der Auflösung der verfassungsmäßigen staatlichen Gewalt in Bayern. Was man will: Eine stille Separation in Form des passiven Widerstandes und einen stillen Aufbruch in Form der Wehrlosmachung des linken Teiles der Bevölkerung.“

München, 4. Oktober.
Die sozialdemokratische „Freie Presse“ in Ingolstadt wurde durch den Generalstaatskommissar auf eine Woche verboten.

München, 4. Oktober.
Der Generalstaatskommissar hat den „Böltischen Beobachter“ auf 10 Tage verboten. Das Verbot wird mit einem „an Landesverrat grenzenden Aufbruch“ im Angelegenheit der Donnerstagsnummer begründet. Dieser Aufbruch hat folgenden Wortlaut:

„Artilleristen! Macht feuerbereit! Bald wird das Kommando zur Feuereröffnung erteilt, dann darf keiner von Euch fehlen! Durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft. Meldet Euch zum Artillerieregiment der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei!“

Diese Verbote sind nach verschiedener Richtung hin bemerkenswert. Herr v. Kayr hat auch selbst beim Verbot des nationalsozialistischen Blattes dem Separatismus Bayerns gegenüber dem Reich zum Triumph verholfen. Die Gründe des Reichs, die zu einer — nicht ausgeführten — Knechtung an den in Bayern kommandierenden Reichswehrgeneral führten, die Druckräume des „Bayerischen Beobachters“ zu besetzen, interessierten Herrn v. Kayr nicht.

In den letzten Monaten und Tagen hat der „Böltische Beobachter“ mehrfach ähnliche Auftrufe gebracht, die mit nicht geringerer Deutlichkeit das Ziel der „inneren Reinigung“ verfolgten, ohne daß ihm etwas geschahen wäre. Das ist daher wohl nicht sehr, wenn man sich diesem Verbot des Herrn v. Kayr den-

Einfluß gewisser Kreise der Bayerischen Volkspartei vermutet, denen Hitler ungenügend ist. Das ist auch aus einem Aufruf zu schließen, den die Bayerische Volkspartei inzwischen an das Bayerische Volk gerichtet hat. U. a. heißt es in der Rundgebung:

„Wir bitten unsere Anhänger in Stadt und Land, nur jenen Verbänden als Mitglieder anzugehören, die nicht im Kampf, sondern in treuer Zusammenarbeit mit unserer national gerichteten Regierung die Wege zur Rettung unseres Vaterlandes ebnen wollen. Stellt Euch in einmütiger Geschlossenheit und in vollem Vertrauen hinter die Regierung Knilling und den von ihr bestimmten Generalkommissar v. Kahr.“

Die innerpolitische Einstellung der Bayerischen Volkspartei

ergibt sich aus folgendem Passus:

„Die drückende Knebelkette des Schandvertrages von Versailles muß zerbrochen, eine neue darf durch keinerlei Unterdrückung gelockt werden.“ — Außerdem wird gefordert: Revision der Weimarer Verfassung, Wiederherstellung des vollen staatlichen Eigenlebens der Gliedstaaten, neue gerecht verteilte Opfer von Besitz und von der Arbeitskraft, Pflege des Wehrgebanens. Zu dem Verbot bayerischer Zeitungen stellt das „Berliner Tageblatt“ fest, daß sich dies als Grund für die Aufnahme Herrn von Kahr's angegebene „schwere außenpolitische Gefährdung“ in dem Treiben der Nationalsozialisten ruhig weiter aufwirft. Ferner schreibt das Blatt:

„Herr von Kahr hat es offenbar für nötig befunden, den Reichstradikalen, die er durch das schließlich doch notwendig gewordene Verbot des „Völkischen Beobachters“ schmerzlich berührt hatte, eine Art Genugtuung zu geben. Er unterdrückt deshalb das einzige demokratische Organ Bayerns, die „Nürnberger Morgenpost“, die sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens durch ihre entschiedene und klare, stets ein hohes Niveau wahrende Sprache ein berechtigtes Ansehen erworben hat.“

Ein bezeichnender Parteiwechsel.

München, 4. Oktober. Der ehemalige bayerische Justizminister Dr. Roth, der sich seit langem vollständig auf Hitler eingestellt hat, es aber trotzdem damit vereinbar hielt, als deutschnationaler Abgeordneter Mitglied der von ihm so heftig bekämpften Parlamentarismus zu sein, ist nunmehr aus der Fraktion der Bayerischen Mittelpartei ausgestiegen. Veranlassung dazu gab ihm eine Vertrauenskundgebung der Partei für Kahr, gegen die Roth eine Reihe von Einwendungen erhob, die aber unberücksichtigt blieben. Der Schritt Dr. Roths ist sicherlich auf eine Wahrung des „Völkischen Beobachters“ an alle Parlamentarier zurückzuführen, die dahin ging, die Herren Parlamentarier möchten sich doch im eigenen Interesse möglichst schnell auf den Boden der Tatsachen stellen, um den Anschluß an den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu veräumen.

„Zumutungen an die deutschen Arbeiter“

Volkspartei und Jehnsundentag.

Berlin, 5. Oktober. Während die Deutsche Volkspartei die Reichsregierung sprengte, weil sie der Arbeiterschaft grundlos den Jehnsundentag entreißen wollte, hat General Leguante für die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes den Jehnsundentag anbehalten. Aber das Vorgehen des General Leguante unterrichtet die völksparteiliche „Zeit“, das Organ Strejkmann's, ihre Leser unter der Überschrift: „Zumutungen an die deutschen Arbeiter!“ während sie die gleichen Zumutungen der Deutschen Volkspartei an die deutschen Arbeiter in demselben Blatt als Staatsnotwendigkeit bezeichnet. Die gleiche Meinung der „Zeit“ enthält die Versicherung, daß die deutschen Arbeitgeber an der Ruhr an den bisherigen Arbeitsbedingungen, also am Jehnsundentag, festhalten wollen. Im Gegensatz zur Deutschen Volkspartei wird man also hinsichtlich der „Zeit“ als Kronzeuge dafür hinstellen können, daß die Forderung der Volkspartei auf Abschaffung des Jehnsundentags eine unerträgliche Zumutung an die deutschen Arbeiter ist. „Zwei Seelen wohnen, ach, in ihrer Brust!“

Sie wittern Morgenluft.

Generaloffensive der Steuerabotoure.

Unter dem Druck der weitläufigen Bevölkerung sah sich vor einigen Wochen der Reichstag, unter Einfluß der Deutschnationalen, veranlaßt, Steuern zu beschließen, die den Besitz belasten sollten. Das war bis dahin fast nicht geschehen. Aber schon wenige Tage später setzte der Kampf gegen die „Opfer des Besitzes“ ein, die, solange keine Erleichterung der Sachverhalte erfolgt, der Beseitigung der deutschen Finanzverhältnisse freilich ohnedies nicht wirksam begegnen konnten.

Aber eben gerade die Aussicht, nun auch endlich einmal zu den schweren Lasten Deutschlands beitragen zu müssen, hat in Landwirte und Industrie die Reaktion in helles Entsetzen versetzt. Die Forderungen der Deutschen

Volkspartei nach Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung, nach bedingungsloser Preisgabe des Achtstundentages und aller sonstigen sozialen Schutzbestimmungen, nach Auslieferung des Finanzministeriums an die Schwerindustrie sind deshalb nicht anders zu betrachten als der Versuch, unter dem Schutze des Belagerungszustandes und dem Druck der außenpolitischen Lage, das Ruder völlig nach rechts herumzuwerfen um die große konterrevolutionäre Entscheidungsvorbereitung, die alle proletarischen Schichten

Deutschlands rechtlos macht und sie dem Großkapital sowie den Agrariern schußlos preisgibt. Die Größe des Opferwillens der besitzenden Schichten in Bayern wird aber am besten charakterisiert durch ein Telegramm des bayerischen Ministerpräsidenten Knilling an Dr. Strejkmann. Der bayerische Ministerpräsident ersucht um die Sicherung der weiteren Steuererhebung nach den letzten Multiplikatoren, da durch diese weitere Einhebung in Bayern die Ruhe und Ordnung gefährdet sei.

Einheitsfront gegen die Reaktion.

Ein Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Berlin, 5. Oktober.

Die drei freiwerthetlichen Spitzenorganisationen, A.D.B., A.F.A. und A.D.G., richten folgenden Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten: Die Ereignisse der letzten Tage haben offenbar gemacht, welche Gefahren die deutsche Arbeiterschaft bedrohen. Nicht genug, daß der unerbilligte Gegner im Westen auf den Befehl der deutschen Republik lauert und an den Grundrechten der Arbeiter, Angestellten und Beamten rüttelt; in Deutschland selbst erheben sich ihre erbittertesten Feinde; in eigenen Land holen ihre wirtschaftlichen und politischen Widersacher

zum entscheidenden Schlage

aus. Diefelben reaktionären Kreise, die der Arbeiterbewegung immer den Klassenkampfhandpunkt zum Vorwurf machen, haben jetzt ihrerseits die Sturmflut des rassistischen Klassenkampfes gegen die Arbeiterschaft entrollt.

In Bayern triumphiert die Reaktion. Die gesamten Maßnahmen des Herrn v. Kahr verfolgen nur den Zweck, unter Schonung der arbeitereindlichen und antirepublikanischen Elemente auf dem einseitig legalen Wege die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch in die alte Abhängigkeit zurückzuwerfen und alle ihre Feinde gegen das Reich und gegen die Arbeiterschaft zu mobilisieren.

Alle innerpolitischen Gegner der Republik: Separatisten, Monarchisten und Reichstradikale arbeiten sich in die Hand.

Alle sind daran interessiert, die Autorität des Reiches zu untergraben. Jede dieser Gruppen sucht in der Vermehrung der Republik die erwünschte Gelegenheit, ihre Sonderziele zu verwirklichen. Alle gaben ihre Stimme bekommen. Soweit ihre Ziele im einzelnen auseinandergehen, einig sind sie sich in der Bekämpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie sind die politischen Bundesgenossen des Unternehmertums, die Vorhut der wirtschaftlichen Reaktion. Die

Entrechtung der deutschen Arbeiterschaft

in Staat und Wirtschaft ist ihr gemeinsames Ziel. Sie halten den Zeitpunkt für gekommen, jetzt auch gegen die Sozialpolitik, d. h. die Regelung der sozialen Rechtsverhältnisse, die staatliche Fürsorge für Sozialrentner und Arbeitslose, jeder Einflußnahme des Parlaments und der Gewerkschaften zu entziehen, um sie nur noch

in die Hand einer mit unbeschränkter Vollmacht ausgestatteten Regierungsdiktatur zu legen. Der allem soll auch die Arbeitszeit ohne das in der Verfassung garantierte Arbeitsbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beliebig verlängert werden können.

Es ist blutiger Hohn, wenn die Reaktionäre vorgeben, diesen Kampf gegen die Arbeiterschaft

im Namen der Nation,

im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind in den vergangenen Jahren am Rhein wie in Bayern allen separatistischen Machenschaften entgegengetreten. Sie waren und sind die Vor kämpfer des Reichsgebanens in allen von Sonderhändlern und Monarchisten gefährdeten Gebieten. Die Gewerkschaften haben die Rechte der Nation, die Interessen der Allgemeinheit verteidigt, indem sie den Egoismus der Unternehmer bekämpften, um dem Staat zu geben, was dem Staat gehört.

Die Entertiden der Nation waren ihre entschlossensten Verteidiger. Sie haben die schwersten Opfer gebracht an Gut und Blut. Nun will man sie

mit Füßen treten.

Die fürchterliche Teuerung steigert täglich die Entbehrung und die Not in den Familien, trotz der hohen Nominallöhne. Unzählige wirtschaftliche Gegner möchten diesen Engpass noch vermindern.

Um die letzte Kraft aus den Arbeitern herauszuholen, wollen sie die Arbeitszeit nach eigenem Belieben verlängern. Sie werfen die Arbeiter auf die Straße. Unabsehbare wirtschaftliche Not erwartet die Scharen der Arbeitslosen. Die dem Reich und der Arbeiterschaft gilt es entgegenzutreten.

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Erkennt die Gefahr.

Jetzt ist nicht die Zeit, in Guten einen Nebenpolitische Gegenstände auszufragen und eure Kräfte zu verpflücken. Gegen die Feinde der Arbeiterschaft muß die geeinte Kraft des deutschen Proletariats eingesetzt werden. Nur so ist der Angriff der Gegner zu brechen. Die Gewerkschaften sind entschlossen, den Kampf um euer Recht zu führen — wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln, über deren Anwendung jedoch niemand anders als die zentrale Leitung der Gewerkschaften entscheiden darf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Befolgt ausschließlich die Weisung der Spitzenorganisationen. Haltet Disziplin!

Nieder mit den Feinden der Arbeiterschaft! Es lebe die deutsche Republik!

Erklärung der D.S.P. Groß-Leipzig.

Leipzig, 4. Oktober.

Der Vorstand der Parteiorganisation von Groß-Leipzig erklärt nach Erwiderung der politischen Situation, daß eine nochmalige Erweiterung der Koalition durch Zutritt deutschnationaler Mitglieder oder auch des schwerindustriellen Flügel in der Deutschen Volkspartei für die sozialistische Bewegung untragbar ist. Wenn es nicht gelingt, den Vorstoß des Agrarkapitals und der Schwerindustrie abzuwenden, dann fordert der Vorstand Nichtbeteiligung an der Regierung, Abgang zur schärfsten Opposition, um auf diesem Wege die Arbeiterschaft Deutschlands um die Führung der sozialistischen Partei zu sichern.

Keine Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 5. Oktober.

Der Reichstag lehnte in seiner öffentlichen Sondersitzung vom Donnerstag die Anträge Sachjens auf Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge ab.

Angenommen wurde eine Verordnung über Zucker, die für das neue Erntejahr die Zuckerzwangswirtschaft grundsätzlich aufhebt, aber für den späteren Teil des Wirtschaftsjahres die Bildung einer Rücklage vorsieht, die für die einzelne Fabrik vorläufig auf 25 Proz. ihrer Erzeugung festgesetzt ist. — Angenommen wurde ein Gesetzentwurf wegen eines deutsch-polnischen Abkommens über den privilegierten Durchgangsverkehr zwischen Polisch-Oberschlesien und dem übrigen Polen durch Deutsch-Oberschlesien. Schließlich wurde eine Novelle zum Gesetz über den Volksentscheid, mit der sich der Reichstag bereits in einer früheren Sitzung beschäftigt hatte, endgültig erledigt. Nächste

Sitzung Freitag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Vorlage betreffend weitere Verlängerung der Brotversorgung.

Blutige Zusammenstöße in Hindenburg.

Tote und Verwundete.

Beuthen, 4. Oktober.

Die „Dresdener Morgenpost“ berichtet aus Hindenburg: Am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr verarmelten sich in der Kronprinzenstraße, besonders vor dem Hotel Rothmann, zahlreiche von ihrer Arbeitsstätte kommende Arbeiter, die Vorhänge erhalten hatten, von deren Höhe sie jedoch nicht bestiegen waren. Bei dieser Gelegenheit kam es zu Ausschreitungen. Die Geschäftsinhaber schlossen die Läden, und die Polizei versuchte, die Menge zu zerstreuen. Der Revolver, Hauptmann Vorherr, der persönlich anwesend war, gab Befehl, Schreckschüsse abzugeben, da er die Lage der Schutzpolizei als bedrohlich ansah. Dem Vernehmen nach sollen mehrere Personen getötet, andere zum Teil schwer verletzt worden sein. Eine amtliche Mitteilung über diese Vorgänge liegt noch nicht vor.

Kleine politische Nachrichten.

Im Reichsausschuß des Reichstags wurde unter Vorsitz des Abg. Dr. Spahn (Centr.) eine Petition des Deutschen Richterbundes beraten, in der darüber Beschwerde geführt wurde, daß bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten und bei der Befehung von Disziplinarmassnahmen in Sachen nach politischen Gesichtspunkten verfahren werde. Nach kurzer Berichterstattung durch den Abg. Dr. Bunderlich (D. Sp.) wurde beschlossen, daß zu

nächst einmal erst gedrucktes Tatsachenmaterial vom Reichstag nachher eingeleitet werden müsse, ehe der Reichstag endgültig zu der Petition Stellung nehmen könne.

Vor dem Volksgericht in Nürnberg wurden in diesen Tagen die Ausschreitungen verhandelt, die sich am 2. Juni in Frucht ereignet haben. Dort war es bei einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Volksversammlung zu einer heftigen Auseinandersetzung mit Angehörigen der Reichsflagge gekommen. Als die herbeigeholte Landespolizei sich anschickte, das Versammlungsfeld zu räumen, kam es zu den erwähnten Ausschreitungen. Das Volksgericht verurteilte den angeklagten Arbeiter Gummel zu einem Monat Gefängnis, während der angeklagte Löhner freigesprochen wurde.

Die Thüringische Krise. Ein Groß-Thüringer Betriebsrätekongreß ist für den nächsten Sonntag nach Weimar einberufen worden. Zur Vorbereitung steht die politische und wirtschaftliche Lage sowie die Organisation der Betriebsräte. Es ist angenommen, daß im Vordergrund der Verhandlungen die Stellungnahme zur Regierungsbildung in Thüringen steht.

Die Wünsche des Handwerks. Besprechungen im Reichstag.

Berlin, 5. Oktober.

Gestern und heute fanden im Reichstag gemeinsame Konferenzen des Präsidiums des Reichsverbandes des deutschen Handwerks mit dem interfraktionellen Handwerkerausschuß des Reichstages statt, an denen auch verschiedene Führer der bürgerlichen Fraktionen des Reichstages teilnahmen. In erster Stelle wurden hierbei dringliche Vorschläge des Handwerks für eine Reform der Steuerpolitik, insbesondere gegenüber der Klein- und Mißbräutigabe und der Betriebssteuer, verhandelt und zu Anträgen des interfraktionellen Handwerkerausschusses verhandelt.

Weiter wurde verhandelt über das Problem der Währungsreform, wobei der Reichsverband des deutschen Handwerks seine grundsätzliche Auffassung dahin vertrat, daß nur durch unmittelbare Wiederherstellung der reinen Goldwährung eine allen Schichten des Volkes gleichmäßig zugute kommende Wende der Finanzen des Reiches erzielt werden könne. Im Zusammenhang damit wurde die Forderung einer wertbeständigen Preisbildung im Handwerk durch die den gewerblichen Mittelstand einengenden Vorschriften der Reichsregierung einer scharfen Kritik unterzogen. Die in letzter Zeit öfter beobachtete Zurücksetzung des Handwerks bei der Vorbereitung und Durchführung gesetzgeberischer und verwaltungsmäßiger Maßnahmen führte zu dem vom interfraktionellen Handwerkerausschuß einstimmig unterzeichneten Antrag, bei der gegenwärtigen Umbildung des Kabinetts einen besonderen Staatssekretär für das Handwerk zu bestellen.

Bulgarien zahlt seine Reparationen.

Paris, 4. Oktober.

Die bulgarische Regierung hat der Reparationskommission mitgeteilt, daß sie den Betrag von 100000 Pfund Sterl. als Abschlagszahlung auf die von Bulgarien zu leistenden Reparationen zur Verfügung gestellt habe und um Mitteilung ersuche, an welche Stelle der Betrag überwiesen werden solle.

Der Wahnsinn der Deutschen völkischen.

Englische Kritiker über die deutsche Regierungskrise.

London, 4. Oktober.

Der Rücktritt der deutschen Regierung wird von der „Times“ in einem Leitartikel behandelt. Das Blatt hält es für möglich, daß die Reichsparteien jetzt ihren Tag für gekommen halten, bezweifelt aber, ob die Mitglieder unter den Reaktionskreisen sich in ein neues Abenteuer wagen werden, das ihnen, falls es fehlschlägt, für Generationen verberlich sein würde. Vorübergehende Erfolge und Siege der Reaktionskräfte seien allerdings möglich. Es läge aber nicht so aus, als ob Deutschland sich dauernd das Joch einer Rasse gefallen lassen werde, das es gerade abgeschüttelt habe. „Daily Telegraph“ meint, es gäbe keinen Wahnsinn, dessen einige Elemente Bayerns nicht fähig wären.

Der Größenwahn der bayerischen Chauvinisten bestehe in dem Glauben, daß sie die Franzosen von deutschem Boden vertreiben könnten, wenn sie hierfür nur von ganz Deutschland unterstützt würden. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt die Schuld am Sturz der deutschen Regierung Sinnes zu. Er habe dem deutschen Kabinett den Todesstoß versetzt. Dagegen fährt „Weltmünster Gazette“ aus,

die Verantwortung für die Ereignisse in Deutschland streife einzig und allein Frankreich. Frankreich habe die Zerschlagung Deutschlands gewollt, als es sein industrielles Zentrum besahe.

Wie werde das Einammeln der Reparationen möglich sein, so sagt das Blatt, falls Deutschland auseinanderfiele. Aber auch mit der Sicherheit Frankreichs wäre es im

Die Lage an der Ruhr.

diesem Falle nicht weit her, denn wenn Deutschland auch heute zerfalle, so würden sich eine Teile nach einer Generation doch wieder einigen. Das deutsche Volk würde eine Nation bleiben, wenn es auch auseinanderfiel; seine Wiedervereinigung sei einfach eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

„Fürchtbare Möglichkeiten.“ Tüftere Prophezeiungen der italienischen Presse.

Rom, 4. Oktober.
Die italienischen Morgenblätter besprechen die deutsche Regierungskrise sehr juristisch. Während „Messaggero“ sich die französische Tendenz zu eigen macht und sowohl die Krise wie die Kämpfe im Reich als Mandat betrachtet, „die Stresemann neue Transmittent gegen Frankreich in die Hand geben sollen,“ vertritt das faschistische Blatt „Nuovo Paese“ die Lage mit der des Jahres 1918. Deutschland habe einen zweiten Krieg verloren. Die Kapitulation mit allen ihren Folgen sei die zweite Keltion, welche die Geschichte einem großen Volk erteilt habe, das das Opfer kleinerer Völker geworden sei. Es handle sich jetzt weniger um die parlamentarische Krise als um die Regimefrage. Dahinter ständen fürchtbare Möglichkeiten: Bürgerkrieg, Staatsauflösung, Militärdiktatur. Die letztere erwartet „Corriere Italiano“ als logische Folge des „unabweisbaren Sieges der Wechten“ da man sich nicht vorstellen könne, wie Stresemann ein neues Kabinett zu Stande bringe. „Corriere“ bezeichnet die Neuauftragung Stresemanns als einen letzten verzweifelten Versuch der Sozialdemokratie, die Lage zu retten.

Abbruch der Beziehungen zwischen Mexiko und Venezuela.

Paris, 4. Oktober.
Der „Clair“ meldet aus Mexiko, daß Mexiko die diplomatischen Beziehungen zu Venezuela abgebrochen habe. Der Grund hierfür liege in der absonderlichen schlechten Behandlung mexikanischer Untertanen seitens Venezuelas. Der mexikanische Außenminister hat sich geweigert, in der Angelegenheit irgendwelche Erklärungen abzugeben.

Vervorstehende Zusammenkunft Mussolini = Paschitsch.

Paris, 4. Oktober.
„Welt Parisien“ bringt die Meldung, daß Mussolini mit Paschitsch Mitte Oktober in Genèbe eine Zusammenkunft haben werde. In Parisier offiziellen Kreisen wird dieser Plan mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Der anglo-italienische Gesandte in Rom ist gestern von Mussolini empfangen worden, wobei die Grundlagen für die Beiprechung ausgearbeitet worden sind.

Das Problem der Reparationslieferungen.

Eine objektive französische Stimme.

Paris, 4. Oktober.
Unter den französischen Korrespondenten in Düsseldorf nimmt der Berichtshatter des „Journal des Dèbats“, Bourget, eine besondere Stellung ein, weil er nach eigenen Beobachtungen urteilt. Dieser Herr Bourget ist ein guter Franzose, der seinem Lande Erfolg wünscht, aber er glaubt diesem Erfolg am besten zu dienen, wenn er auf die üblichen Fehlschlüsse gegen das niedergebrosene Deutschland verzichtet und seinem eigenen Vaterlande die Wahrheit sagt. Bourget erklärte heute, daß die französische Regierung durch ihre Fähigkeit zwar einen unbeschreiblichen Erfolg erzielt habe, daß aber

praktische Ergebnisse dieses Erfolges sich nicht so rasch zeigen können, wie manche Franzosen zu hoffen scheinen. Das Problem der Reparationslieferungen sei durch die Unordnung, die in das Ruhrgebiet hineingetragen sei, fast verwickelt worden. Es sei möglich, daß die Arbeit bald beginnen könne, aber dann würden sich erst die Schwierigkeiten zeigen. Die alliierte Ingenieurkommission sei allerdings darauf bedacht gewesen, die Installationen möglichst intakt zu erhalten, jedoch sei das ganze wirtschaftliche und technische Leben des Ruhrreviers in diesen neun Monaten eingeleistet. Die tägliche Arbeitsleistung sei überdies durch die lange Ferienzeit verringert. Früher betrug die Turschmittleistung eines Mannes täglich 200 Kilogramm. Heute sei sie auf weniger als die Hälfte gesunken.

Das Schlimmste sei die gewaltige Teuerung, die auf die Arbeitsleistung einwirkte wie auf die Arbeitsfähigkeit. Auch die Kosten für das Material und für jede Art von Installationen seien mindestens dreimal so hoch wie vor dem Kriege.

Man denke jetzt daran, die Arbeiter nach ihren Leistungen zu bezahlen, um eine Produktion zu erreichen, wie sie im Dezember 1922 möglich war: 330 Tonnen täglich. Aber es sei die Frage, ob diese Arbeit durchgeführt werden könne. Sei es nicht möglich, mehr als 200 Tonnen pro Tag zu erzielen, dann müsse jede Hoffnung auf eine Verringerung der Kohlenpreise aufgegeben werden. Wenn also die Regierung noch weiter abwarten wolle, müsse sie diese Zeit dazu benutzen, ein brauchbares Arbeitsprogramm mit Hilfe sachverständiger Personen aufzustellen, sonst werde das ganze Ruhrgebiet zwar wieder arbeiten, aber nicht zum Vorteil Frankreichs.

In Erwartung einer deutschen Aufforderung.

Kabinetträt in Belgien.

Brüssel, 4. Oktober.
Gestern nachmittag fand, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Thonnis, ein Kabinetträt statt. Jajpar erstattete seinen Ministerkollegen Bericht über die internationalen Angelegenheiten, auch über die Lage im Ruhrgebiet. Dann machte er Ausführungen über die Gespräche, die er vergangenen Sonntag mit dem Leiter der belgischen Sachverständigenkommission an der Ruhr geführt hat. Beim Ausgange des Kabinettrates wurde bekanntgegeben, daß die belgische Regierung von der Berliner Regierung keine Aufforderung erhalten habe, nach Einstellung des passiven Widerstandes nunmehr eine andere Politik einzuschlagen.

Vor einem Abbau der Militärgewalt?

Gegensätze zwischen Tirard und Zegoutte.

Tüßeldorf, 4. Oktober.
Das Rheinlandproblem scheint in ein neues Stadium einzutreten. Wie von durchaus zuverlässiger, den französischen militärischen Kreisen nahestehender Stelle mitgeteilt wird, ist man innerhalb der Rheinlandkommission der Ansicht, daß die Militärgewalt abgebaut und mehr und mehr durch die Zivilverwaltung ersetzt werden müsse. Selbst das neu besetzte Gebiet soll der Oberhoheit der Rheinlandkommission unterstellt werden. Die militärischen Kreise sehen dieser Ansicht ablehnend gegenüber. Es wird sich in der nächsten Zeit zeigen, wer stärker ist: Tirard, der seinen Einfluß in Paris bereits geltend macht, oder Zegoutte. Was Tirard betrifft, geht aus der Mitteilung hervor, daß der Separatistenführer Matthes mit Tirard in rühmlicher Fühlung steht.

Das Schicksal der Ruhrgefangenen.

Weisenhagen, 4. Oktober.

Die Stimmung unter den deutschen Gefangenen ist sehr gedrückt, da diese über ihr Schicksal völlig im ungewissen sind, und da die Erwartungen, daß die Franzosen zum mindesten die politischen Gefangenen freilassen würden, sich nicht erfüllt haben. Wie groß die Zahl der Gefangenen ist, geht daraus hervor, daß sich in einigen Gefängnissen des Ruhrgebietes und des Brückenkopfes Tüßeldorf noch 15000 Gefangene befinden. Dazu kommen noch mehrere Tausend Gefangene, die sich in den Gefängnissen des selbstbesetzten Gebietes befinden, weiter jene Unglücklichen, die sich in Frankreich (in St. Martin de Ré) und anderen Orten, in Belgien in Verdun befinden. Im übrigen werden auch nach Einstellung des passiven Widerstandes den Gefangenen keinerlei Erleichterungen gewährt. So ist ihnen z. B. das Lesen politischer Tageszeitungen immer noch verboten, die Haft ist vor allem deshalb für viele gegenwärtig eine seelische Marter, weil sie über die Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet und in Deutschland nur sehr mangelhaft unterrichtet sind. Auch die Unterbringung der Gefangenen läßt nach wie vor sehr zu wünschen übrig. So leiden die 170 Gefangenen, die aus dem Weidenauer Justizhaus in ein offenes Gefängnis gebracht worden sind, unter der Raumnot. Ein Teil von ihnen ist gezwungen, auf dem Fußboden zu schlafen.

Sonderbündler und Franzosen.

Tüßeldorf, 4. Oktober.

Unter der Bevölkerung herrscht immer noch eine große Erbitterung gegen die Franzosen wegen ihres Verhaltens gegenüber den Sonderbündlern. Diese haben, nach neueren Feststellungen, fünf Tote zu verzeichnen, die in der Sonntagsnacht heimlich von ihnen abtransportiert worden sind. Der Sonderbündlerführer Matthes hat sich bei den Besatzungsbehörden beschwert, daß sie ihn am Sonntag nicht tatkräftig unterstützt hätten. Es ist bezeichnend für die Großsprecheri Matthes, daß er heute erklärte, Bayern habe bei ihm angefragt, wann er endlich losschlagen wolle.

Es bestätigt sich, daß Matthes die Frage erörtert worden sein, die Polizeigewalt den Sonderbündlern zu übertragen. Matthes wird am nächsten Sonntag eine Trauerkundgebung in Tüßeldorf für die Opfer des letzten Sonntags veranstalten. Er hat hierfür die ausdrückliche Genehmigung von Tirard erhalten. Bei der zunehmenden Erregung der Bevölkerung befürchtet man neue Zusammenstöße. Die Schutzbeamten, die gestern freigelassen werden sollten, sind immer noch interniert. Nach neuerlichen Feststellungen muß als sicher angenommen werden, daß eine Anzahl Schutzleute von den Sonderbündlern tatsächlich verschleppt worden ist. Die Augenzeugen beobachtet haben, wurde ein schwer verwundeter Polizeibeamter von Separatisten durch die Bahnhofsperre fortgeschafft. Nachforschungen in dieser Angelegenheit sind deshalb besonders schwierig, weil die Franzosen keinerlei Berechnungen der gefangenen Beamten durch die deutsche Behörde zulassen.

Tortmund, 4. Oktober.

Aus Anlaß der Tüßeldorfer Vorgänge ist gegen die Leiter der Tüßeldorfer Polizei und gegen den Regierungspräsidenten Grünner von französischer Seite die Anklage wegen Mordversuchs erhoben worden. Die Franzosen verhalten sich heute den Führer der „S. V. Z. Klein, und den Verleger der „Mittlerer Volkszeitung“, Koll. Auf dem Flugplatz Rothhausen wurde gestern ein junger Mädchen tot aufgefunden. Ein französischer Gendarm, der anscheinend in die Sache verwickelt ist, ist flüchtig.

Hebbels „Nibelungen“ im Schauspielhaus.

Problem jeder „Nibelungen“-Aufführung: möglichst restlose innere Durchdringung der rein mythischen und der rein menschlichen Elemente der Dichtung.

Denn bei Hebbel lassen die zwei Welten noch weiter auseinander als im Epos. Umso mehr kommt es hier auf eine komplexe Art der Darstellung an: auf Schauspielerei, die ebenso heimlich im Bereich des Heroischen, wo die alten Weiser hausen, wie in der hellen Königsburg zu Worms am Rhein.

Bedingung ist diese Herrschaft in beiden Hemisphären für die Darstellung der Brunnhild und des Siegfried. Aber auch die übrigen Gestalten der hebbelschen Trilogie (die, um den Gegensatz zu keine Kostümierung im Drama wirksam werden zu lassen, ganz und nicht zu zwei Dritteln eingepreßt werden müßte) stehen in diesem Ziellicht. Der hebbelsche Hauber auf Hienland verleiht unter dem glänzenden Anhauch des Christengottes; und am schließlichen Ende zu Worms ist die Luft, sind die Herzen und Träume erfüllt von der Magie der Namen und des allgemähtigen Forts. Nibelungen, die alle eblische Dunkelheit vertreibt und den Widerstand ausstößt, ergibt sich erst über die Tragödie des Burgunderreichs, wenn der Blutkampf sich ausgetost hat und Dietrich von Bern das Weltregiment antritt „im Namen dessen, der am Kreuz erlitten.“

In der Darstellung des Schauspielhauses stehen die Gegensätze noch unvermittelt nebeneinander. Der „letzte Nibel“ und die „letzte Nibelin“ — Siegfried und Brunnhild — haben hier noch weniger vom gärtenden Chaos des Mythos, als Hebbel ihnen zugedacht hat. Und über dem Burgunderlande liegt zu große Felsigkeit. Lily Kanns Brunnhild ist höchlich kostvoll erlitten und im Grunde richtig erlitten; aber es fehlt ihr (nicht nur im äußerlichen) das Niesenmaß. Sie knüpft im Schalten schicksalverhafteter Tradition, den essend in Kampf der durch Trug gefällten, in ihrem möglichen Stolz auf den Tod verwundeten Walfürer; und gibt doch nur psychologische Lösungen, keine Verleiblichung. Bei Friedlich Lindners Siegfried empfindet man die Kabinendefinition der beiden Hälften des Mythos besonders schmerzhaft. Denn sein Siegfried an sich, als Verfallsnatur, als Parter, „Lumber“ Knabe,

der das Fährchen nicht kennt, ist brunderungswürdig. Aber ist das derselbe Siegfried, der auf Hienland erachtet wie das lähmende Fatum? Ter die furchtbaren Kräfte des Bauberchris und der Zarnstapp: in die Wagnisale des Wachtstamps zu werfen hat? Ein Saus Tunfelheit, eine wohlhabewogene Dämpfung des eingeborenen Leichens (der nie in Fidalität aufzoren darf) wäre in seinem Falle angemeßener. Antonia Dietrichs Kriemhild gibt überzeugend die jähr Wandlung von der kindlichen Königsmäid zur Kaiserin. Von der Wermher Königs alle geht etwas wie Wandervogelstimmung aus. Gunter (Wertz) bleibt fast unpersönlich; das Brüderpaar Hermann-Giseler ist von einer ganz unmerklichen Formlosigkeit; und die alte Ute (Lara Salbach) geht auf tumultuöse Pölnen aus. Einzig Gotthart Rehners unerbittlicher Hagen wohnt im Zusammenhang mit den noch offensichtlich ins Leben wiefenden elementarischen Wägen des Heroismus. Schuers Kaplan, Schröbers Hagenweimer Numot: zwei farbige, lebendvolle Typen.

Wietex, wie in der Reinginführung des „Wachst“, ein paar schöne Einstellungen der fehlender Gesamtschau; trabe Arien, aber keine vollständige Symphonie. Max Adler

Im Kunstgewerbemuseum fand am 2. Oktober in dem festlich geschmückten Erdosaal die feierliche Verabschiedung des bisherigen Direktors Prof. Dr. Verling statt. Gehleirat Dr. Klien vom Wirtschaftsministerium gedachte in herzlichen Worten der Damentenlobbahn des Scheidenden, der 1887 als Direktorial-Assistent dem Museum angeteilt ward, 1903 zum Vorstand und 1914 zum Direktor ernannt wurde und sich in dieser 35-jährigen Tätigkeit hervorragende Verdienste um Wehrung, Ordnung und Aufstellung der Sammlung erworben hat. Gleichzeitig wies er auf Verlings vielseitige Tätigkeit im Sächsischen Altertumsverein, im Landesamt für Denkmalpflege und im Interesse der Ortsmuseen des Landes, sowie auf seine namhaften wissenschaftlichen Forschungen hin. Für alle diese im Dienste des Staates und der Allgemeinheit geleistete festliche und ergebnisreiche Arbeit übertrug er den Dank des Ministeriums. Im Namen der Akademie für Kunstgewerbe dankte Direktor Prof. Groß unter Überreichung einer Ehrenurkunde, im Namen des Lehrerkollegiums Prof. Herrmann, während von Seiten des Museums durch Dr. Salzer dem Scheidenden

noch einmal Worte des Dankes und treue Wünsche übermittelt wurden. Daron schlossen sich die Einweihung und Bepflanzung des neuen Direktors Dr. Wolfgang Volger und stehende Worte für Professor Groß, der am 1. Oktober das Jubiläum seiner 25-jährigen Tätigkeit an der Akademie begehen konnte.

Abchied von der Welt auf dem Kunstmarkt. Die Entwertung unserer Welt ist ein verhältnismäßig langsamer Prozeß gewesen, und wenn wir jetzt zurückblicken, können wir feststellen, wie ganz allmählich in den letzten Jahren das Vertrauen in unsere Währung unterkühlt wurde. Natürlich geschah das im Ausland früher als bei uns, und so ist es denn erklärlich, daß auf einem so internationalen Gebiet wie dem Kunstmarkt die Ausweitung der Papiermark sich mit am ehesten vollzog. Es ist interessant, die einzelnen Stadien dieser Abkehr von der Mark, die sich bereits 1922 aneinander reihten, in der vorstehenden Darstellung zu verfolgen. Die Adolph Tonnath in seinem soeben bei der Frankfurter Verlagsanstalt erscheinenden Jahrbuch für Kunstwanderer“ in einem Überblick über den Kunstmarkt 1922 gegeben hat.

Für die Geschichte des Kunstmarkts“, schreibt er, „bietet das Jahr 1922 eine Fülle von Überraschungen, und in ihrer Mitte stehen zum Hauptteil die deutschen Geschehnisse. Die Mark, die noch 1921 ihre Kaufkraft aufrecht erhielt und in der ersten Hälfte 1922 als Wertmesser an Festigkeit einigermassen einbüßte, wurde im 2. Halbjahr schon mißtrauisch betrachtet, und der Kunsthandel begann daher, sich nach dem Dollarkurs zu richten. Diese nun deutlich gutagefretete Entwertung der Mark ließ sich bereits im November 1921 bei der großen Auktion von Weiskern alter Graphit bei Voerner in Leipzig feststellen. Die Beteiligung des Auslandes machte sich deutlich fühlbar; der „Ausverkauf“ begann. Im Dezember 1921, als der Dollarkurs auf etwa 180 zurückgegangen war, besanden sich mehrere amerikanische Käufer in Berlin, die Bücher und Kunstwerke in großem Maßstab erwarben. Die eigentliche Katastrophe setzte aber mit dem Rathenauer Nord ein, der auch dem deutschen Kunstmarkt einen schweren Schlag versetzte. „Man stelle sich nun vollends auf den Dollarkurs ein, da die Mark immer rascher sank“, sagt Donath, „und bezahlte

in der zweiten Hälfte des Juli, in der für einen Dollar schon 700 Papiermark gegeben wurden, sogar für einen Edward von Gräner 620000 RM. Die: Preis erschien zwar manchem ersten Kunstfreund reichlich hoch, doch man rechnete ihn, in der Meinung, daß bei Silber Goldwerte darstellen, in Goldmark um und kam zu dem Schluß, daß so eine „Einsprobe“ im Frieden auch nicht mehr gelohnt habe. Aber gerade dieses Preisergebnis charakterisiert die Einstellung des Handels auf die einjährige Goldwährung.“ Im Herbst 1922 erlebte der deutsche Kunstmarkt noch eine Scheinblüte. Die Qualitäten nämlich, die ins Ausland wanderten — alte wie neue Meister und auch alles Kunstgewerbe — wurden, wenn auch in hohen Papiermarksummen, in Goldmark gerechnet, doch zu weitaus niedrigeren Preisen als in der Vorkriegszeit festgelegt. Da aber der deutsche Kunsthandel in vielen Fällen nicht umrechnete und die Hunderttausende von Papiermark eben Hunderttausende waren, für die man wieder „Gros“ herausholen mußte, verkaufte er sich so ziemlich aus.“ Unter diesen hatte der Kunsthandel in Österreich eine Pause erreicht die auf der völligen Entwertung der Krone beruhte. Das war ein warnendes Zeichen, und so fand die große Graphit-Auktion bei Voerner im November 1922 unter dem Zeichen der Weltpreise. „Man gewöhnte sich allmählich an die Papiermillionen“, schreibt Donath, „und gegen Ende des Kunstmarktes 1922 fand Sammler und Händler zu weit gewöhnt, daß sie in den Fällen, da es um internationale Qualitäten ging, auch die Umrechnung in die Goldmark der Vorkriegszeit als notwendig erkannten.“

Die neue Schiffschiffahrt. Der Vörendere n der deutschen Buchhändler hat die Schiffschiffahrt für den Buchhandel, mit Wirkung vom 5. Oktober ab, auf 60 Millionen erhöht.

Mitteilung des Sächsischen Staatstheater. Schauspielhaus: Infolge eines Unfalls, den Gotthart Rehners gestern nach der Vorstellung erlitten hat, wird, statt „Nibelungen“, das Lustspiel „Rinnas von Barnhelm“ (Anteilstücke A) mit Lindner, Witz, Verden, Olga Fuchs, Reyer, Wietex, Müller, Schürder und Clara Salbach in den Hauptrollen gespielt. Spielleitung: Alexander Dietrich. Anfang 7 Uhr.

Die nächste Sonnabendbesper der Kreisliche findet am 13. Oktober statt. Die Besper für Sonnabend, dem 6. Oktober, fällt aus.

Vor der Rede Lord Curzons. England erwartet die volle Wahrheit.

London, 4. Oktober. Es wird heute bekannt, daß die mit Ungeheurer Erwartung erwartete Erklärung, die Lord Curzon morgen über die Pariser Ministerkonferenz geben will, nicht veröffentlicht wird. Diese Mitteilung macht hier einen peinlichen Eindruck, nachdem bereits Baldwin wegen seiner nichtfolgenden Eröffnungsrede vor der Reichskonferenz von der gesamten Presse auf das Schärfste angegriffen wurde. „Wall Mall Gazette“ betont, daß, nach der letzten britischen Note an Frankreich und dem nach der Zusammenkunft der beiden Premierminister in Paris herausgegebenen Kommuniqué, eine Verständigung nicht möglich sei. Die Note zeige, daß die britische und die französische Politik einander diametral entgegengesetzt waren. Das Kommuniqué habe jedoch verkündet, daß die beiden Premierminister in Übereinstimmung und vollem gegenseitigen Vertrauen waren. Wenn das Kommuniqué irgendeine Wahrheit enthalte, dann sei die gesamte Haltung der britischen Regierung in der Frage der französischen Schulden, der Reparationen und der Ruhrfrage plötzlich umgekehrt worden ohne das geringste Mandat seitens der öffentlichen Meinung. Das Land habe ein Recht, zu erfahren, was hinter diesem lächerlichen Mythenbau stehe. Der französische Feldzug zur Auflösung Deutschlands und zur tatsächlichen Annexion sowohl des Ruhrgebietes als auch des Rheinlandes sei riesig ermutigt worden. Die militärische Presse von Paris sei vollkommen überzeugt, daß Baldwin Poincaré aus der Hand gefressen habe. Zum Schluß drückt die „Wall Mall Gazette“ die Hoffnung aus, daß die Premierminister der Dominions dem gesunden Menschenverstand der Engländer helfen werden, die volle Wahrheit über diese demütigende Angelegenheit zu erfahren.

London, 4. Oktober.

„Manchester Guardian“ schreibt, Baldwin könne sich nicht beklagen, wenn jetzt die Welt von ihm glaube, daß er ein wohlwollender Zuschauer der französischen Politik sei. Am 11. August sei man für Verständigung der Besetzung sowie schiedsgerichtliche Festlegung der deutschen Verpflichtungen und für eine Verminderung der französischen Forderungen aus einer Grundlage gewesen, die sowohl England als auch Deutschland gerecht werden sollte. In allen diesen Punkten sei Poincaré glatt anderer Meinung gewesen. Am 19. September schiene Baldwin in jedem Punkte mit Poincaré übereinzustimmen. Deutschland habe seiner Absicht Kundtun gegeben und habe sie in der Hauptsache auch bereits erfüllt, nämlich den passiven Widerstand zu beenden, soweit die staatliche Unterdrückung und die Finanzen in Frage kommen. Die Besetzung des Ruhrgebietes werde jedoch, statt gemindert zu werden, wie Poincaré versprochen hatte, verschärft und durch einige der häßlichsten Zwischenfälle verstärkt, die bisher vorgekommen seien, wie die Entlassung der deutschen Polizisten durch französische Soldaten und ihre Auslieferung an den Mob, der sie zu Tode geschlagen habe. Diese Zwischenfälle werden vergrößert durch vier unabhängige englische Zeitungsbekämpfer, die Augenzeugen gewesen seien. Poincaré wolle nicht einmal mit dem Vertreter der deutschen Regierung verhandeln, der ernannt worden ist, um die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu vereinbaren. Jeder Arbeiter müsse einzeln zu ihm kommen und den Eid der Treue leisten gegen sein eigenes Land unterschreiben. Standrecht, Geld- und Gefängnisstrafen, Eigentumsbeschlagnahme und Ausweisungen gingen weiter wie bisher.

Russisch-finnischer Konflikt.

Helsingfors, 4. Oktober.

Wegen der Ermordung des stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Grenzkommission Lawrow und der üblichen Verwundung eines Mitgliedes der Kommission durch ostarellische Fischlinge am 24. September hat der hiesige Vertreter Sowjetrusslands der finnländischen Regierung die Forderung gestellt, eine Schuldenerkennungsgarantie über fünfzigtausend Goldmark zu stellen und eine besondere Kommission zur Ermittlung der Täter einzusetzen. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung werde Rußland entscheidende Maßnahmen ergreifen. Hierauf hat der Minister des Äußeren geantwortet, daß Finnland, da der Mord auf russischem Gebiete durch russische Untertanen verübt worden sei, weder rechtlich noch vertragsgemäßig verantwortlich gemacht werden könne.

Ein russischer Protest gegen den Völkerbund.

Paris, 4. Oktober.

Bei dem Kongreß der Internationalen Eisenbahngesellschaft, der in Paris stattgefunden hat, war zum ersten Male eine offizielle Delegation der Eisenbahnen Sowjetrusslands erschienen. Der Führer der Delegation, Selgah, verlas in der letzten Sitzung eine Erklärung, die in keiner französischen Zeitung erwähnt wird, aber gerade deshalb einiges Interesse verdient. Selgah protestierte, im Namen des Völkerbundes für Verletzungen

gegen den methodischen Ausschluß aus allen internationalen Beratungen, der bisher gegenüber der offiziellen Vertretung des russischen Eisenbahnwesens üblich gewesen ist. Diese kurzfristige Politik in technischen Fragen bedeute nicht bloß eine Verhinderung der Interessen und der Würde der Sowjetrepublik, sondern es würden auch die Aufgaben des internationalen Eisenbahnverkehrs dadurch nicht erleichtert, wenn durch eine solche Abschaltung die russische Sowjetrepublik gänzlich von den Verkehrsverhandlungen ausgeschlossen und den Interessen Sowjetrusslands zu orientieren. Am Schlusse seiner Erklärung sprach Selgah einige Sätze über die Stellung Russlands zu dem „sogenannten Völkerbund“. Er sagte:

„Die wichtigsten Gründe für die Haltung der Sowjetrepublik gegenüber dem Völkerbund, die keinen politischen, sondern einen rein technischen Charakter hat. Aber auch vom technischen Standpunkte aus ist es die Pflicht der Delegation Sowjetrusslands, darauf hinzuwirken, daß die Entwicklung des internationalen Eisenbahnverkehrs nicht durch einen Organismus gefördert werden kann, der die Gleichheit der großen und kleinen Nationen nicht berücksichtigt, sondern lediglich einer gewissen Gruppe bevorzugter Völker als Mittel zur Beherrschung der anderen dient. Es ist ohne weiteres klar, daß gewisse Staaten, die auf dem Völkerbund einen bestimmenden Einfluß ausüben, schon durch diesen Einfluß einen Druck auf andere Staaten zu erzeugen vermögen. Die Arbeit der Völker für den internationalen Verkehr muß frei von jeder national gerichteten und politisch orientierten Kontrolle sein und in gleicher Weise den Interessen aller Völker, ob groß oder klein, ob stark oder schwach, nutzbar gemacht werden.“

Aus Sachsen.

Nochmals hartnäckige Unwahrheit.

(N.) Die L. R. R. und die T. U. wiederholen, unter den bei ihnen üblichen Ausfällen gegen die Regierung und gegen die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei, ihre Behauptung, daß die proletarischen Hundertthausen als Hilfspolizei einberufen werden sollen. Sie wollen das Dementi der Regierung durch ein Zitat aus einem amtlichen Bericht „Die Hilfspolizei betreffend“ widerlegen, der am 27. September 1923 von einem hohen Polizeibeamten erstattet worden sei, und in dem es heiße: „Nach den vorliegenden Meldungen der Regierungskommissare sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß auf Grund eines Auftrags, die vorgesehene Person in

kurzester Zeit einberufen werden sollen“. . . Es wird hinzugefügt, daß darauf die bereits von den L. R. R. und T. U. veröffentlichten Angaben über die Einstellung, die zahlenmäßige Stärke der Hilfspolizei, die Unterbringung, Bekleidung, Verpflegung und Besoldung folgen.

Dieser Bericht beweist nichts für die Behauptung der L. R. R. und T. U. und erschüttert das Dementi der Regierung in keiner Weise. Die Vorbereitungen, von denen in dem Zitat die Rede ist, beziehen sich auf die von der Regierung erhobenen eventuellen Einberufungen einer Hilfspolizei auf Grund des § 367 Ziffer 10 des Strafgesetzbuchs. Mit diesen Vorbereitungen beschäftigt die Regierung den Gleichzeitigen Weg, den Bayern mit der Einberufung der Hilfspolizei schon beschritten hat. Andere deutsche Bundesstaaten haben ebenfalls die Einberufungen solcher Hilfspolizen erheben. Besonders sei hervorgehoben, daß die Einberufung solcher Hilfspolizei die Rechte der aktiven Polizeibeamten nicht in keiner Weise berührt.

Die L. R. R. und die T. U. berichten ja aber auch nicht von der Hilfspolizei etwa nach bayerischem Beispiel, sondern von der Absicht der Regierung, die proletarischen Hundertthausen zur Hilfspolizei zu machen. Die L. R. R. und T. U. behaupten, die proletarischen Hundertthausen sollten aus Staatsmitteln besoldet werden. Organisatorische Vorbereitungen für die dauernde oder zeitweise Einberufung der proletarischen Hundertthausen als Hilfspolizei seien getroffen und die proletarischen Hundertthausen sollten dann mit den Waffen ausgerüstet werden, die aus den letzten Beschlagnahmen sich im Besitze der Polizei befinden. Diese Behauptungen sind unwahr. Wenn die L. R. R. und T. U. den Vorwurf widerlegen wollen, daß sie hartnäckig die Unwahrheit verbreiten, so müssen sie die Beweise für diese ihre Behauptungen erbringen. Ansonsten bleibt es bei der Feststellung, daß sie mit der hartnäckigen Verbreitung von Unwahrheiten gegen die Regierung hängen.

Sprechtag des Ministeriums für Volksbildung.

(N.) Das Ministerium für Volksbildung hat sich genötigt gesehen, von jetzt an nur noch 2 Sprechtage in der Woche zuzulassen, und zwar gelten als Sprechtag bis auf weiteres der Montag und Freitag (vorm. 9 bis 1 Uhr).

Tageschronik.

Nach zehntägiger Verhüttung geboren.

London, 4. Oktober. Nach großen Anstrengungen ist es heute nach zehn Tagen gelungen, fünf Überlebende der großen Bergwerkskatastrophe zu retten, die sich vor einigen Tagen in Galliford bei Glasgow ereignete. Kurz nach Mitter-

An die Leser!

Das weitere Sinken der Mark wirkt sich besonders schwer bei dem Papierpreis aus, der seit 1. Oktober in Goldmark berechnet wird. Dadurch liegt der Preis für Druckpapier plötzlich auf über das 30fache des Preises für September. Ein Bogen Druckpapier kostet heute über 300 Millionen, das also über 30 Millionen Mark. Da auch alle übrigen Ausgaben sich der fortwährenden Marktentwertung anpassen, müssen die Zeitungen ihre Verkaufspreise erhöhen. Diese Erhöhung ist wieder in den engsten Grenzen gehalten und bleibt erheblich hinter der tatsächlichen Steigerung der eigenen Ausgaben zurück.

Sächsische Staatszeitung. Dresdner Anzeiger. Dresdner Nachrichten. Dresdner Neueste Nachrichten. Dresdner Volkszeitung.

Der Bezugspreis der Sächsischen Staatszeitung beträgt für die Woche vom Montag, den 8. Oktober, bis Sonntag, den 14. Oktober, bei gleichmäßiger freier Zustellung ins Haus 30 Millionen Mark, der Einzelpreis einer Nummer 6 Millionen Mark.

nacht vernahten die Rettungsmannschaften Schwere Kopf- und Fußgeigen noch lebender Eingeschlossener. Jeht freiwillige arbeiteten sich sofort unter den erdenklichsten Mühen zu ihnen durch, und es gelang ihnen auch, ihre Kameraden herauszuholen. Die Geretteten sind sehr schwach und können das Tageslicht kaum vertragen. Nach den Aussagen eines der Geretteten halten sie besonders auch unter der Kälte zu leiden und sahen während der schrecklichen Tage und Nächte eng zusammengekauert, um sich gegenseitig zu erwärmen.

Devisenkurse. 5. Oktober.

Table with columns for Devisenkurse, 5. Oktober, and exchange rates for various currencies like Goldmark, Dollar, etc.

Sächsische Staatszeitung. Einzelne Nummern 3000000 Mark.

Tageskalender.

Samstag, 6. Oktober. Staatstheater. Opernhaus. Tielland. (Dr. Volkst. Nr. 3288-3302.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Sonntag: Wids. Anfang 5 Uhr. Ende 7 1/2 Uhr. Wochenplan. Montag 7: Jar und Zimmermann. Dienstag 7: 8: Für den Verein Theater. Mittwoch 7: Der Freischütz. Donnerstag 7: 8: Der Troubadour. Freitag 7: In neuer Einbildung und Injektivierung. Samstag 7: 8: Der Hofkavalier. Sonntag 6: Sittliche Bauernechte. Der Sojajo. 10: Nachvorstellung zum Besten ehemal. Ritgl. d. Sächs. Staatstheater. Samstag 7: Entpanthe. Sonntag 7: Entpanthe. Schanzpielhaus. (Anrechtsthe: A) Miens von Saratkin oder Das Soldatenlied. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Sonntag (außer Anrecht): Wacht. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr. Wochenplan. Montag 7: Anrechtsthe B: Maria Stuart. Dienstag 6: Anrechtsthe B: Egmont. Mittwoch 7: Anrechtsthe B: Zellerich. Donnerstag 7: Anrechtsthe B: Wacht. Freitag 7: Anrechtsthe B: Improvisationen im Juni. Samstag 7: Anrechtsthe B: Schuld und Jou. Sonntag 7: Anrechtsthe B: Die Rabelungen. (Der gebirgste Stieglitz. - Stieglitz Tod.) - Montag 7: Die deutsche Kleinfährer. Neustädter Schauspielhaus. Die Freier. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag: Die Freier. Vorstellung. Residenztheater. Der Graf von Luxemburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr. Sonntag: Wachs. 7 1/2 Uhr: Ein Walgertraum. - Abend 7 1/2 Uhr: Der Graf von Luxemburg. Wochenplan. Montag bis Sonntag 7 1/2: Der Graf von Luxemburg. - Sonntag nachm. 7 1/2 Uhr: Unter dem Abend 7 1/2: Der Graf von Luxemburg. - Montag 7 1/2: Der Graf von Luxemburg. Zentraltheater. Täglich 7 1/2 Uhr: Soziale-Vorstellung. Familiennachrichten. Verlobt: Hr. Dr. rer. techn. Walter Thämer in Dresden mit Frä. Gertrud Hörschrod in Wehe b. Bremerhaven. - Gestorben: Frau Gertha Reber geb. v. Höhlen in Lammhof Kleinbarda; Hr. Gellmut Riedrich, Rangleitbetriebsleiter b. d. Staatsanwaltschaft (40 J.) in Leipzig. Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalaufsätze ist Quellenangabe Bedingung. Für den Anzeigenentwurf verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Kästner in Dresden. Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Ein im Urstassen-Affizient für sofort gesucht.

Wohnort Dresden, R. Vernehmungsbüro mit den übli. Unterlagen umgehend erbeten an 5660 Stadtrat Langensfeld i. Vgl.

Beamtenanwärter, 1. Julierteile.

gültig: die Girokasse selbständig verwalten kann, wird sofort, spätestens zum 15. oder 20. Okt. gesucht. Bewerbung nach Gr. 5. i. d. Verj. d. b. 10. Oktober. - Gämmerstraße, 4. 10. 23. Der Gemeinderat. 5663

Gemeindefassierer, dem auch ein

für die hiesige Verwaltung wird zum sofortigen Eintritt gesucht, dem auch ein Gemeindefassierer, die Verwaltung der Steuer- und Girokasse obliegt, gesucht. Nur tüchtige, mit der modernen Kassentechnik vollkommen vertraute Bewerber wollen Gesuche bis zum 15. Oktober 1923 einreichen. Bewerbung erfolgt nach Gruppe 6, Oststraße C. 5664 Dorfchemnitz (Bez. Chemnitz), 4. Okt. 1923. Der Gemeindevorstand.

1 Beamtenanwärter für die allgem.

Verwaltung, der auch im Steuer- u. Giroassessoren-Beruf tätig ist, für sofort gesucht. Bewerbung erfolgt nach Gr. V, Oststr. D der B. D. Verj. d. b. 10. Oktober. - Hallbach (Ab. Freiberg). Der Gemeindevorstand. 5665

Kassierer zur selbst. Verwaltung der Giro-

Sparr- u. Steuerkasse für sofort gesucht. Bewerbung nach Gr. VI. Bewerber, mögl. nicht unter 24 J., die mit der neuen Kassentechnik u. Gemeindevorwaltung vertraut und im neuesten Giroverkehr durchaus erfahren sind, selbst u. flott arbeiten können, wollen Gesuche mit Unterlagen und Angabe des Dienstvertrages bis 20. Okt. einreichen. Rückporto ist beizufügen. 5669 Heidersdorf, Amtl. Freiberg, 4. 10. 23. Der Gemeinderat.

Beamtenanwärter für die Girokasse

gesucht. Bewerbung erfolgt nach Gr. V, Oststr. D. Bewerber, mögl. nicht unter 24 J., die mit der neuen Kassentechnik u. Gemeindevorwaltung vertraut und im neuesten Giroverkehr durchaus erfahren sind, selbst u. flott arbeiten können, wollen Gesuche mit Unterlagen und Angabe des Dienstvertrages bis 20. Okt. einreichen. Rückporto ist beizufügen. 5669 Heidersdorf, Amtl. Freiberg, 4. 10. 23. Der Gemeinderat.

Übersicht der Sächsischen Bank zu Dresden

Table showing financial overview of the Saxon Bank in Dresden as of 30. September 1923, including Aktiva (Kursfähiges deutsches Geld, Reichs- u. Darlehnskassenscheine, etc.) and Passiva (Eingezahltes Aktienkapital, Reserverfonds, etc.).

Beamtenanwärter für die städt.

Kassen für sofort gesucht. Besonders mit dem Giroverkehr vertraute Bewerber werden bevorzugt. Gr. V der B. D. Bewerbungen bis 10. d. M. erd. 5669 Stadtrat Hohnstein, Sächs. Schweiz.

Mehrere Beamtenanwärter

sofort gesucht. Befeldung nach Gr. V, Oststr. B. Stadtrat Meißner. 5661

Stadtfassierer zum sofortigen Eintritt

gesucht. Befeldung gemäß den gesetzl. Bestimmungen nach Gr. VI oder VII. Wert wird nur auf eine geschulteste Kraft gelegt, die schon in ähnlicher Stellung gearbeitet hat. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis 12. Okt. einzureichen. Angabe, wann Eintritt frühestens erfolgen kann, erwünscht. Stadtrat Vollenstein. 5662



Advertisement for Hamburg-Amerika Linie (H.A.L.) shipping services. Text includes: HAMBURG-AMERIKA LINIE, UNITED AMERICAN LINES INC, NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA, AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. - Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucherabteil. Erstklassige Saloon-Kajütendampfer. Eine wöchentliche Abfahrt von HAMBURG NACH NEW YORK. Eisenbahnfahrkarten zu Schalterpreisen. Zusammenstellbare Fahrscheine für das In- und Ausland. Schlafwagenplätze. Reisegepäckversicherung ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee. Luftverkehr. Rundflüge, Reklameflüge, Paket- und Paketbeförderung. Auskunft und Druckbogen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE. HAMBURG und deren Vertreter in: Bautzen: Ernst Sembdner, Töpferstr. 21. Chemnitz: Alfred Blank, Langestr. 25. Dresden: Emil Höck, Prager Str. 41.

